

Karzai gegen die „Dreckigen Dreizehn“

Zusammengestellt von Jürgen Clemens

Afghanistan vor den Präsidentschaftswahlen

Die Vorbereitungen auf die ersten, freien und demokratischen Wahlen in Afghanistan hat Jan Heller in Kabul beobachtet.

„Die Stämme Afghanistans sind wie schöne Blumen, die auf einer Wiese blühen“, warb Haji Mohammad Mohaqiq, der zur ethnischen Minderheit der Hazara gehört, sehr poetisch auf seinem Plakat zur Präsidentenwahl. Schlicht dagegen der ehemalige Erziehungsminister, für viele der Hauptkonkurrent Karzais: „Yunus Qanuni, Kandidat für das Präsidentenamt“. „Stimmt für das Buch!“ rief der Islamist Hafiz Mansur auf, und alle wussten, damit war der Koran gemeint. „Hoffnung und Leben“ lautete der Slogan der einzigen weiblichen Bewerberin, Massuda Jalal.

Der afghanische Wahlkampf, der offiziell am 7. September begann, beschränkte sich zu Beginn fast ausschließlich auf Pressekonferenzen und solche Plakate. In Kabul und vielen anderen Städten klebten sie überall: an Laternenpfählen, in Schaufenstern, sogar an den Wachhäuschen der Polizisten vor UN- und sonstigen internationalen Einrichtungen. Und wie bei einem europäischen Wahlkampf wurden die ersten auch schon bald heruntergerissen, oder den Bildern der Kandidaten wurden die Augen ausgekratzt. Nur Massuda Jalal wagte sich zum Wahlauftritt in die Öffentlichkeit. In einem ausgebombten Kabuler Stadtteil sprach die Kinderärztin vor hundert Frauen, die ihr zujubelten, und versprach: „Jene Leute, die Euch betrogen und Eure Häuser zerstört haben, werden in meiner Regierung keinen Platz haben“.

Startprobleme

Der Amtsinhaber und Favorit Hamed Karzai begann seine Kampagne mit zwei Fehlstarts. Am 11. September stellte er in einer Rede vor ausgesuchten Zuschauern in Kabul sein Wahlmanifest vor – und merkte erst nach einigen Minuten, dass er das falsche Manuskript vortrug. Am darauf folgenden Donnerstag verfehlte eine Rakete knapp seinen Hubschrauber, als er in Gardez im paschtunischen Südosten seine Kampagne in den Provinzen beginnen wollte. Er musste unverrichteter Dinge umkehren, hunderte Stammesälteste warteten vergeblich.

Aber auch Karzais richtiges Manuskript bot nicht viel Neues. Zwar versprach er, das Pro-Kopf-Einkommen von gegenwärtig 200 auf 500 Dollar – im Jahr! – zu steigern und ging auf die Hauptsorgen

der meisten Afghanen ein – Sicherheit und Entwaffnung der Warlords, wirtschaftliche Entwicklung, Ausweitung sozialer Dienste, Bildung einer gesetzes-treuen, Nicht-Koalitions-Regierung (eine Absage an die bisherige Allianz mit den Warlords) auf der Grundlage nationaler Beteiligung –, aber wie das alles bewerkstelligt werden soll, blieb offen.

Karzai ging offenbar davon aus, dass er den Sieg auch so schon in der Tasche habe. Das glaubten auch viele Afghanen. „Sicher, er hat viele Schwächen. Die Warlords sind noch immer nicht entwaffnet, und der Wiederaufbau geht viel zu langsam voran. Aber er hat wenigstens kein Blut an den Händen und ist immerhin besser als die anderen Kandidaten“, sagt Abdul Bassir, ein Lehrer aus Zentral-Afghanistan. „Und er hat die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft.“

„Karzai ging offenbar davon aus, den Sieg schon in der Tasche zu haben.“

USA leisten Wahlkampfhilfe

Mit der Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft waren vor allem die USA gemeint. Deren Botschafter, Zalmay Khalilzad, selbst geborener Afghane und Vertrauter des US-Präsidenten Bush, war Karzais Haupt- und manchmal auch einziger Berater. Viele Afghanen nannten ihn, in Anspielung auf die britische Kolonialzeit in Indien, den *Viceroy* (Vizekönig), da er wie selbstverständlich Stammesführer und Wahlkandidaten im Präsidentenpalast empfing. Darüber hinaus unterstützte das *Internationale Republikanische Institut*, verbunden mit der gleichnamigen US-Partei, Nichtregierungsorganisationen (NROs), die indirekt für Karzai warben.

Die Nähe Karzais zu den USA versuchten seine Gegner gegen ihn auszuspielen. Qanuni und zwölf weitere Präsidentschaftskandidaten hatten sich zur „Koordinierungskommission der Präsidentschaftskandidaten“ (CCPC) zusammengeschlossen und machten mit ihrer Kritik an Karzai gemeinsam Wahlkampf in den Provinzen. „Woher kommt Karzais Geld, das er für die Kampagne ausgibt?“ fragte Kandidat Hamayun Shah Asifi von den Monarchisten. „Kommt es aus dem Staatsbudget? Dann ist das ungesetzlich! Kommt es aus den USA? Dann wäre das ebenfalls ungesetzlich! Oder kommt es aus der illegitimen Ökonomie?“ In Kabul kursierten Gerüchte, dass Minister und selbst Verwandte Karzais in den Drogenhandel verwickelt wären.

„Ich möchte ein unabhängiges Afghanistan, das aber bedeutet nicht, dass ich für Isolation bin“, meinte Gegner Qanuni diplomatisch, aber immer noch verständlich genug. Nur drei Wochen vor der Wahl verlangten die 13 Oppositionellen deren erneute Verschiebung auf einen Zeit-

punkt nach den US-Wahlen, mit der Begründung, dass die afghanische Wahl „Einfluss auf die Wahlen in den Vereinigten Staaten“ haben könnte.

„Ich möchte ein unabhängiges Afghanistan, das aber bedeutet nicht, dass ich für Isolation bin“, meinte Qanuni.“

Zweifel an der Rolle der Vereinten Nationen

Auch die Vereinten Nationen gerieten in die Kritik. „Wir wissen nicht, wer die Wahlen gewinnen wird, aber wir wissen, wer der nächste Präsident sein wird“, zitierte ein afghanischer Politiker, der Ende 2001 noch an der Bonner Afghanistan-Konferenz teilgenommen hatte, den vormaligen UN-Sonderbeauftragten Lakhdar Brahimi; der ist inzwischen einer der engsten Berater von Kofi Annan in New York und in dieser Eigenschaft neben Irak auch noch immer mit Afghanistan befasst.

„Heißt das, dass unser Wahlergebnis in Washington festgelegt wird?“ schäumt der Afghane noch heute. Er hatte sich deshalb entschlossen, einen der 17 Karzai-Gegner zu unterstützen. Auch der Wahlkommission warf die CCPC vor, einseitig Karzai bevorteilt zu haben, und verlangte deren Umbildung. Sollte Karzai nicht auf ihre Forderungen eingehen, wollten die 13 Oppositionskandidaten – als „letzte Maßnahme“ – die Wahl boykottieren. Karzai konterte daraufhin: Selbst wenn er der einzige Kandidat bleibe, werde die Wahl stattfinden.

Kritik an den Wahlvorbereitungen

Kritik gab es auch von demokratisch gesonnenen Afghanen. Sie verwiesen darauf, dass sich Karzai mehrmals öffentlich gegen die Bildung von politischen

Parteien gewandt hatte und er maßgeblich dafür gesorgt hätte, dass das Parteiengesetz über ein Jahr verschleppt wurde sowie, dass dieses Wahlgesetz Parteien gegenüber unabhängigen Kandidaten benachteiligen würde. Auch mit dem Respekt vor demokratischen Spielregeln würde es hapern. Angesprochen auf Mehrfachregistrierungen von Wählern hatte Karzai zuletzt entgegnet: „Wenn Afghanen zwei Registrierungskarten haben und zweimal wählen gehen wollen, nur zu. Das ist eine Übung in Demokratie. Lasst sie eben zweimal dieser Übung haben. Das wird die Wahl nicht beeinflussen. Wenn mir jemand drei Karten gibt, nehme ich sie und gehe wählen. Meine Wahl wird ja sowieso jedes Mal dieselbe sein. Wir beginnen diese Übung erst und wir können nicht perfekt sein.“

Hoffnungsträger Karzai

Trotz aller Bedenken ist Karzai für viele Afghanen, die auf ein besseres und friedliches Afghanistan ohne *Warlords* hoffen, nach wie vor die erste Wahl. Einige von ihnen versuchten, eine gesamt nationale Partei zur Unterstützung von Karzai aufzubauen und ihn dadurch stärker dem pro-demokratischen Lager gegenüber zu verpflichten. Andere Parteien und Gruppen, die ihn zwar bei den Präsidentschaftswahlen unterstützten, planten, bei den auf das kommende Jahr verschobenen Parlamentswahlen ohne Karzai in den Wahlkampf zu ziehen. Karzai selbst hatte auch bereits wieder Abstriche von seiner Abkehr von den *Warlords* gemacht. So wollte er den abgesetzten Gouverneur von Herat, Ismail Khan, als Bergbauminister ins Kabinett holen – Khan lehnte das Angebot allerdings ab. Nur wenige Wochen vor der Wahl forderte Karzai außerdem seinen „Freund“ Qanuni auf, seine Kandidatur zurückzuziehen und in die Regierung zurückzukehren. In der westlichen diplomatischen Gemeinde Kabuls wurde das politische Lavieren Karzais mit Skepsis verfolgt. Vor allem die US-Amerikaner glaubten, dass der Friedensprozess ohne Karzai – und vielleicht sogar die Wiederwahl Bushs, der angesichts des Irak-Desasters dringend einen außenpolitischen Erfolg brauchte – gefährdet wäre. In der Kabuler US-Botschaft wird

Die politische Entwicklung der Stammesbevölkerung

die CCPC-Gruppe numerisch nicht ganz korrekt deshalb „*The Dirty Dozen*“ genannt.

Die „Dreckigen Dreizehn“

Tatsächlich befanden sich in der CCPC fragwürdige Charaktere, die auch mit hehren Wahlslogans kaum einen Afghanen täuschen konnten. Qanuni hatte noch als Erziehungsminister versucht, die ihm unterstellten Lehrer als Stimmvieh zu missbrauchen und mit seinen Verbündeten, wie Verteidigungsminister Fahim, zudem dafür gesorgt, dass die Entwaffnung der Milizen bisher weitgehend ausgeblieben war. Ahmad Shah Ahmadzai war Stellvertreter des berüchtigten, saudisch-finanzierten *Warlords* Sayyaf, der im Bürgerkrieg für zahlreiche Massaker verantwortlich gewesen war, und soll sich mit abgezweigten Geldern zum größten Immobilienbesitzer in und um Kabul entwickelt haben. Das Gleiche galt für den afghanisch-usbekischen General Rashid Dostum, dessen Milizen unter den Afghanen den Schimpfnamen „Teppichräuber“ erhielten. Von Mohaqiq erschien jüngst in einer unabhängigen Zeitung eine Karikatur, die darauf anspielte, dass dessen Milizen während des Bürgerkriegs Gefangenen Nägel in die Schädel getrieben hätten. Während die meisten Kabuler froh waren, dass es jemand wagte, offen auf die Anschuldigungen anzuspielen, war Mohaqiq darüber wenig erfreut.

„Tatsächlich befanden sich in der CCPC fragwürdige Charaktere, die auch mit hehren Wahlslogans kaum einen Afghanen täuschen konnten.“

Einschüchterung von Wählern

In den Provinzen wurde der Wahlkampf – bzw. der Kampf gegen die Wah-

len – auf ganz andere Art und Weise geführt. Die Taliban hatten seit Mai über zwanzig Zivilisten, darunter zwölf einheimische Wahlhelfer, getötet. Drei Wochen vor der Wahl brachten sie in der Süd-Provinz Kandahar zwei Stammesälteste um, die sich für die Wahlen eingesetzt hatten. Ein Taliban-Sprecher bezeichnete alle 18 Kandidaten als „Ziele“ für Anschläge. Flugblätter tauchten auf, auf denen die „verehrten muslimischen Brüder“ (Schwestern bleiben unerwähnt) aufgefordert wurden, den Wahlen fernzubleiben. Manchmal trugen sie diese Aufforderung auch rabiater vor: Ein Bauer, der ungenannt bleiben möchte, erhielt in der Kabul benachbarten Provinz Wardak nächtlichen Besuch von mehreren Bewaffneten mit schwarzen Turbanen. „Wir sind gekommen, dir zu sagen, nicht an den Wahlen teilzunehmen“, hätten sie ihm erklärt, „Wenn irgendjemand daran teilnimmt, hat er es nur sich selbst zuzuschreiben, wenn seinem Haus oder Eigentum etwas passiert oder wenn er verwundet oder getötet wird. Sag deinen Nachbarn und allen anderen, nicht zu Amerikanern zu werden. Und du solltest eine Liste aller jener anlegen, die an den Wahlen teilnehmen.“ Daraufhin verbrannte der Bauer aus Angst seine Wählerkarte.

Erfolgreiche Registrierung

Trotzdem zeigten erste Umfragen des *Institute for War and Peace Reporting* unter 3.000 Afghanen in 21 der 34 Provinzen, dass 85 Prozent der Wahlberechtigten zur Wahl gehen wollten. Unter den restlichen galten drei Prozent als unentschlossen und die Übrigen wollten der Wahl aus eigenem Antrieb oder wegen Drohungen oder der unsicheren Situation in manchen Landesteilen fernbleiben. „In all meinen 71 Jahren habe ich keine Wahl gesehen. Jetzt, am Ende meines Lebens, will ich an der Wahl teilnehmen und den Präsidenten bestimmen“, fasste Taj Muhammad aus Herat die allgemeine Stimmung zusammen.

Das kommt auch in der unerwartet hohen Wählerregistrierung zum Ausdruck. Über zehn Millionen Afghanen ließen sich eine Wahl-Registrierungskarte

geben, davon waren mehr als 41 Prozent Frauen. Hinzu kamen noch etwa eine halbe Million Flüchtlinge in Pakistan, die erst Anfang Oktober in einer dreitägigen Kampagne registriert worden waren sowie eine ähnlich große Zahl von Flüchtlingen im Iran.

Berichte über Mehrfachregistrierungen – deren Umfang nur vermutet werden kann, aber wohl zehn Prozent nicht überschritten haben dürfte – dienen daher als Beleg für das große Interesse, an den ersten demokratischen Wahlen in Afghanistan teilzunehmen, statt von einem groß angelegten Wahlbetrug auszugehen. „Es ist eine ungewöhnliche Umwelt für Wahlen“, sagt der liberale Professor Quadir Amiryar von der Kabuler Universität, „aber wir sollten glücklich sein, dass die Afghanen jetzt die Wahlurne benutzen und keine Kugeln.“

„In all meinen 71 Jahren habe ich keine Wahl gesehen. Jetzt, am Ende meines Lebens, will ich an der Wahl teilnehmen und den Präsidenten bestimmen“

D